

Protest gegen Abgaben auf Betriebsrenten

Verein drängt auf Gesetzesänderung, um Altersarmut zu vermeiden

STUTTGART/KARLSRUHE (imf). Viele Rentner erleben im Alter mitunter eine böse Überraschung, weil das erhoffte Geld aus Betriebsrenten oder Direktversicherungen geringer ausfällt als erhofft. Jetzt formiert sich Protest gegen als ungerecht empfundene Sozialabgaben.

Dass die Kapitalleistung im Alter nicht voll ausgezahlt wird, hängt damit zusammen, dass rund ein Fünftel der Summe als Beiträge an Kranken- und Pflegeversicherung abzuführen sind. Grund ist die sogenannte Doppelverbeitragung auf Direktversicherungen und Betriebsrenten. Der Verein der Direktversicherungsgeschädigten (DVG) hat deshalb für den 26. Oktober 2019 zu bundesweiten Protesten aufgerufen. In 20 deutschen Städten quer durch die Republik – darunter auch Karlsruhe und Rottweil – sind Demonstrationen gegen die Doppelverbeitragung geplant, wie der Verein mitteilt, der seit 2015 den staatlichen Zugriff auf die Ersparnisse aus privater und betrieblicher Altersvorsorge anprangert. Potenziell betroffen sind rund sechs Millionen Direktversicherte, von denen sich viele im DVG organisiert haben.

Besonders hart trifft es Altersvorsorger mit Verträgen, die vor 2004 abgeschlossen wurden. Die Krankenkassen fordern von ihnen den vollen Beitragssatz, also Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil, plus Zusatz- und Pflegebeitrag – egal, ob es dabei um eine Kapitalzahlung oder eine monatliche Rente geht. Das gilt auch für Direktversicherte, die in der Einzahlphase bereits Sozialbeiträge abgeführt haben.

Mit dem geplanten Protesttag, zu dem es bereits am 24. Oktober eine Auftaktdemo in Dresden geben wird, will der DVG nach eigenen Angaben Politik und Öffentlichkeit aufrütteln, denn der Klageweg sei den Betroffenen versperrt. Sie fordern Entschädigungen und eine politische Neugestaltung einer nachhaltigen und vertrauenswürdigen Altersvorsorge, damit Altersarmut für nachfolgende Generationen vermieden werden könne.